

Detlef Sack (Bielefeld)

Postdemokratie, Ironie und Gerechtigkeit – zum Umgang mit dem Enttäuschungspotenzial demokratischer Herrschaft

Der Artikel beschäftigt sich mit dem Postulat der Ironie in der aktuellen demokratietheoretischen Debatte. Ausgangspunkt der Argumentation ist die unvermeidliche Enttäuschung, die Demokratien immanent ist. Im Rahmen der Diskussion um Postdemokratie werden konkrete Defizite benannt, die Unzufriedenheit erzeugen. Die Immanenz der Enttäuschung wird darüber hinaus insbesondere darauf zurückgeführt, dass die demokratietheoretische Debatte durch unterschiedliche Strömungen und Demokratiemodelle geprägt ist. Da diese im Widerstreit liegen und zugleich jeweils interne Dilemmata aufweisen, führen sie nicht zu einer konsensualen und stabilen Grundlegung der demokratischen Herrschaftsform. Exemplarisch wird dies anhand eines Vergleichs zwischen der kosmopolitischen Demokratietheorie und dem agonistischen Pluralismus diskutiert. Angesichts des immanenten Enttäuschungspotenzials von Demokratie wird auf das Postulat der Ironie eingegangen, das als gouvernementale Anforderung der begrenzten Selbstentfremdung und der engagierten Distanzierung in der demokratietheoretischen Diskussion eine Renaissance erfahren hat. Da dieses Postulat der Ironie inhaltlich unterbestimmt ist und regressiv wie emanzipativ ausgeprägt sein kann, wird dessen institutionelle Einbettung bedeutsam. Mit Rekurs auf das duale Gerechtigkeitskonzept von Fraser wird hervorgehoben, dass Ironie durch Regeln der Anerkennung und Umverteilung gestützt werden muss.

Keywords: Postdemokratie, Enttäuschung, Ironie, Kosmopolitanismus, agonistischer Pluralismus
post-democracy, disappointment, irony, cosmopolitanism, agonistic pluralism

Durch die Brille der Demokratie bietet die Welt der Politik einen enttäuschenden Anblick. Aber lassen wir uns durch die Enttäuschung nicht täuschen. Sie ist Ausdruck von übertriebenen Erwartungen an die politische Ordnung, zumal wenn wir einsehen, dass in der Geschichte freiheitliche Zustände die Ausnahme blieben. Keine Demokratie ist überall dort demokratisch, wo es geboten wäre: Demokratie setzt einen Maßstab, der nicht zu erfüllen ist. (Möllers 2008, 9)

1. Einleitung¹

Das Eingangszitat zielt auf das Enttäuschungspotenzial in Demokratien ab und markiert damit den Ausgangspunkt meiner Argumentation: Demokratie ist eine Form politischer Herrschaft, die ihre selbst gegebenen Versprechen hält und bricht. Anders als Möllers leite ich das Enttäuschungspotenzial moderner Demokratien jedoch nicht aus (pejorativ konnotierten?) „übertriebenen Erwartungen“, sondern aus vier Problemen ab: Kommunikationstheoretisch wird bei Thematisierung

des Erfolgs einer politischen Herrschaftsform stets auch die andere Seite, also das Scheitern notwendig mitgeführt. Zeitdiagnostisch ist festzuhalten, dass Demokratie ein uneingelöstes Projekt ist und aktuell eine Reihe von Demokratiedefiziten festzustellen ist. Demokratietheoretisch muss konstatiert werden, dass entsprechende Modellvorstellungen konzeptionell von grundlegenden, nicht auflösbaren Widersprüchen durchzogen und zugleich erheblich umstritten sind. Politisch-philosophisch ist die demokratische Herrschaftsform überdies in dem Sinne kontingent, dass sie sich nicht auf eine gegebene oder unwiderruflich herstellbare Essenz und Letztbegründung zurückziehen kann. Anders formuliert: Die politischen Subjekte sind aufgefordert, sich selbst in dem vollen Bewusstsein eine Form politischer Herrschaft zu geben, dass sie im gesellschaftlichen Konflikt um diese Niederlagen erleiden werden und Opfer bringen müssen, dass Demokratie sie enttäuschen wird und dass sie die Verantwortung dafür nicht abweisen können. Dieses unterschiedliche Enttäuschungspotenzial lässt sich mithin sowohl in der Diagnose des Zustands von (Post-)Demokratien als auch im Durchgang unterschiedlicher Demokratiemodelle, hier: das kosmopolitische Konzept und der agonistische Pluralismus entdecken. Konzeptionen des Ironischen versuchen nun, Enttäuschung reflexiv zu bearbeiten und eine Haltung der engagierten Distanz präskriptiv einzuführen. Diese gouvernementale Anforderung mündet jedoch in keinen eigenen demokratietheoretischen Anspruch, sondern bleibt auf eine komplexe Gerechtigkeitskonzeption angewiesen, die institutionalisierte Umverteilung und Anerkennung einer ironischen Distanz voraussetzen muss. Es ist die Aufgabenstellung dieses Artikels, sowohl das Enttäuschungspotenzial etablierter Demokratien darzustellen, als auch die ironische Haltung demokratietheoretisch zu verorten.

Ich werde meine Argumentation in fünf Schritten entfalten: Zeitdiagnostisch werde ich das Spannungsfeld zwischen Postdemokratie und eingelösten Partizipationsimperativen skizzieren, um dann das Enttäuschungspotenzial von Demokratien darzustellen. Ich werde das kosmopolitische Demokratiekonzept und den agonistischen Pluralismus bezüglich der Differenzen zwischen den beiden Modellen und den immanenten Dilemmata darstellen. Daran schließt die Einführung in Konzepte an, die Ironie als selbstreflexive Tugend thematisieren. Abschließend werde ich die Voraussetzungen für eine ironische Haltung benennen, indem ich in einer gerechtigkeits-theoretischen Wendung auf notwendige ökonomische Umverteilung und auf kulturelle Anerkennung eingehe. Damit wird die ironische Haltung als demokratietheoretisches Komplement ausgewiesen, das sich zu dem Partizipationsimperativen moderner Demokratietheorien hinzuaddiert, um die immanente Enttäuschung auszuhalten, aber notwendig institutionell zu unterfüttern ist, um nicht regressiv umzuschlagen.

2. Partizipationsimperative und Postdemokratie

Die Debatte um den aktuellen Zustand von Demokratien oszilliert zwischen Erfolg und Scheitern. Die eine Seite der Kommunikation, die des Erfolges, stellt die globale Verbreitung demokratischer Regierungsformen heraus. Maßgeblich für die entsprechende Kategorisierung von politischer Herrschaft sind die institutionellen Garantien für bürgerliche und politische Rechte, die in der pluralistisch-repräsentativen Perspektive entwickelt wurden (Dahl 1971). Wahlrechte, Gewaltenteilung, Öffentlichkeitsprinzip, Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf kollektive Organisation sind nur fünf derjenigen Kriterien, die angelegt werden, um Demokratien zu beschreiben; die Liste ließe sich fortsetzen. Es ist nicht allein die Quantität, also der Anteil von Demokratien an Nationalstaaten weltweit, es ist vor allem die Etablierung komparativer, kontinuierlich statt-

findender Beobachtungsroutinen, die den Erfolg markiert. Praktiken politischer Herrschaft werden entlang demokratischer Kriterien observiert und bewertet. Die mitunter hoch selektive mediale Berichterstattung zu Menschenrechtsverstößen, politischen Protesten und demokratischen Praktiken gehört ebenso zu diesen Routinen wie die gänzlich anders funktionierende obligatorische Berichterstattung durch Staaten, Nichtregierungsorganisationen und international agierende Kommissariate im Rahmen internationaler menschenrechtlicher Vereinbarungen, in denen sich Mitgliedsländer selbst auf wichtige demokratische Standards verpflichtet haben (Alfredsson et al. 2001). Überdies haben sich Governance- und Demokratieindizes als Instrumente der vergleichenden Beobachtung etabliert, beispielsweise von Freedom House, Weltbank, Transparency International oder Bertelsmann Stiftung (Berg-Schlösser 2007), mit denen der Stand und die Ausprägung ‚guter‘ politischer Herrschaft international vergleichend ‚gemessen‘ und – das ist für die Selektivität dieser Observationsmethode entscheidend – in Zahlen, Ranglisten, Kategorien und Atlanten übertragen werden. Zu den vergleichenden Observationspraktiken gehören auch jene sozialwissenschaftlichen Studien, welche – durchaus in Distanz zu der skizzierten Indexpraxis – auf der Grundlage von Einstellungsdaten (etwa aus dem World Value Survey) nach der Kongruenz von formalen Institutionen mit der politischen Kultur fragen, die also betonen, dass eine effektive Demokratie ‚gelebt‘ werden muss. Im Besonderen seien die postmaterialistischen Werte bedeutsam, d.h. eine verbreitete politische Kultur, in der Gleichberechtigung über Patriarchat, Toleranz über Konformität, Autonomie über Autorität und politische Freiheit über Sicherheit stehen (Welzel/Inglehart 2009, 130).²

Für den Erfolg von Demokratie als politische Herrschaftsform steht neben der Quantität entsprechend institutionell verfasster Nationalstaaten und der Etablierung standardisierter Beobachtungsroutinen auch die steigende Anzahl von plebiszitären und deliberativen Verfahren. Die Einführung von Bürgerbegehren und -entscheiden, von Konsensuskonferenzen, Dialogforen, Mediationen u.a.m. führt – zumindest aus Sicht einiger Beobachter – zu einer „rapiden Ausdifferenzierung demokratischer Möglichkeiten“ (Nolte 2011, 11). Es findet eine Expansion des Prozeduralen statt, die Zugänge für bürgerschaftliche Beteiligung eröffnet und zugleich die Partizipationsimperative ausweitet, da mit ihr der Anspruch einhergeht, die Verfahren auch zu nutzen. Auch außerhalb der Wahlen zu Gebietskörperschaften werden Bürgerinnen und Bürger als Beteiligungswillige adressiert. Die Fülle von plebiszitären und deliberativ-partizipativen Verfahren deutet auf eine breite Durchsetzung von Partizipationsimperativen in etablierten Demokratien hin.

Die andere Seite der Kommunikation, d.h. der Zeitdiagnose von Demokratien, ist die des Scheiterns. Diese erstreckt sich entlang der Kriterien der etablierten Beobachtungsstrukturen zunächst auf die Quantität „defekter Demokratien“ (Merkel 2010, 37) oder eben Autokratien, also der doch recht erklecklichen Anzahl verfasster Nationalstaaten oder Regionen mit eingeschränkter staatlicher Organisierung, in welchen grundlegende Menschenrechte permanent missachtet und politische Rechte unterdrückt werden. Die Zeit der Huntingdon’schen Demokratisierungswellen scheint mittlerweile passé. Es gibt den Wandel politischer Herrschaft sowohl in Richtung Demokratie als auch in Richtung defekte Demokratie und Autokratie bzw. die Stabilität von autoritären Regimen (Bertelsmann Stiftung 2010). Beträchtliche Zonen der Welt sind nicht demokratisch verfasst; mit allen Folgen, die das für die Bürgerinnen und Bürger hat.

Aber auch für die etablierten westlichen Demokratien wird das Scheitern thematisiert: Vordergründig ist die Entwicklung der Wahlbeteiligung ein Hinweis auf die Legitimationsprobleme etablierter Demokratien. So ist etwa die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament zwischen 1979 und 2009 von 62% auf 43% gesunken; dass Litauen und die Slowakei

2009 jeweils rund 20% Wahlbeteiligung aufweisen, zeigt die deutlichen Unterschiede zwischen west- und osteuropäischen Staaten an. Im Vergleich zu der nationalstaatlichen Ebene ist die Beteiligung an europäischen Wahlen traditionell deutlich geringer. Aber es ist der Trend, der hier relevant ist. Zurückgehende Wahlbeteiligung zeigt den Schwund der diffusen Unterstützung für ‚die Demokratie‘ und ‚Politikverdrossenheit‘ an. Der Seismograf des Scheiterns von Demokratie erfasst neben der Wahlbeteiligung noch die in Umfragen gemessene (Un-)zufriedenheit mit der ‚Demokratie im Allgemeinen‘, den Umfang explizit anti-demokratischer, rassistischer und sexistischer Einstellungen und den Aufstieg wie die Etablierung rechtsextremer und -populistischer Parteien (Hennig 1997; Arzheimer 2002; Loch/Heitmeyer 2001). Aus diesen Beobachtungen heraus werden Befürchtungen der „Demokratieentleerung“ (Heitmeyer 2001, 500) und der „Postdemokratie“ (Crouch 2004) geäußert und argumentativ durchformuliert.

My central contentions are that, while the reforms of democracy remain fully in place – and today in some respect are actually strengthened – politics and government are increasingly slipping back into the control of privileged elites in the manner characteristic of pre-democratic times; and that one of the major consequences of this process is the growing impotence of egalitarian causes. (Crouch 2004, 6)

Nach Crouch sind etablierte demokratische Verfahren weiterhin vorhanden, aber in ihrer institutionellen Funktion ausgehöhlt worden. Öffentliche Debatten sind zu einem von Medienberatern kontrollierten Spektakel verkommen. Entscheidungsprozesse werden durch enge Beziehungen und Netzwerke zwischen gewählten Regierungen und gesellschaftlichen Eliten bestimmt. Die breite Bevölkerung ist eher apathisch und passiv. Bürgerschaftliches Engagement ist von einer politischen zu einer problemlösenden, eher administrativen Tätigkeit geworden, mit der die durch Privatisierung und Sparmaßnahmen produzierten Defizite im öffentlichen Sektor substituiert werden sollen. Insbesondere das Ziel der Gleichheit ist nachhaltig beeinträchtigt worden (Crouch 2004; vgl. Buchstein/Nullmeier 2006). Es lassen sich – ohne den Anspruch auf Vollständigkeit – weitere Demokratiedefizite nennen. Nicht umgesetzt ist der Anspruch auf Parität von Männern und Frauen in den politischen Repräsentativorganen und in oberen Segmenten des Arbeitsmarktes. Rassistisch motivierte Maßnahmen, die MigrantInnen grundlegende Menschen- und Bürgerrechte beschränken, sind im europäischen Kontext keine Seltenheit. Faktische und gesetzliche Einschränkungen von Medien und die Verletzung des informationellen Selbstbestimmungsrechts von BürgerInnen rufen wiederholt Proteste hervor. Die Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen und der Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse restringieren und entleeren Formen betrieblicher Mitbestimmung. Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses gewinnen bestimmte unternehmerische Interessen aufgrund ihres privilegierten Zugangs zu den Institutionen einen unangemessenen Vorteil.

Das Scheitern erstreckt sich jedoch auch auf die plebiszitären und deliberativen Verfahren. Einerseits können diese paradoxerweise gerade aufgrund ihrer Menge und Vielfalt zu sinkender Transparenz politischer Prozesse und fehlender Verantwortlichkeit für die Politikergebnisse beitragen (Greven 2003). Andererseits werden vorzugsweise Angehörige der Mittel- und Oberschicht angesprochen. „Die soziale Basis dieser neuen Demokratie [besitzt] tendenziell oligarchische Züge, mit der Konsequenz eines Nachlassens egalitärer Politikinhalt.“ (Jörke 2011, 17; s.a. Böhnke 2011)

3. Demokratie und Enttäuschung

Erfolg und Scheitern, damit einhergehend Enttäuschung, sind zwei Seiten der Debatte über den aktuellen Zustand der Demokratie. Kommunikationstheoretisch kann man festhalten, dass mit dem einen (mehr Demokratie) notwendig das andere (Demokratiedefizit) thematisiert wird, noch dazu wenn durch eine Beobachtungsstruktur – etwa in Form von Indizes und Monitoring – der Vergleich auf Dauer gestellt ist. Unzufriedenheit ergibt sich dann notwendig aus der Kommunikation über den Erfolg. Das Versprechen der Demokratie erweckt Erwartungen, die zwangsläufig einen anderen Zustand als defizitär thematisieren müssen. Das ist ein notwendiger Befund zur Frage, warum Demokratie mit Enttäuschung einhergeht. Der Mechanismus einer logisch zweiseitigen Kommunikation schließt das Enttäuschungspotenzial von Demokratien jedoch nicht hinreichend auf. So bleibt er bezüglich einer Zeitdiagnose im Konkretisierungsgrad unbefriedigend.

Ich möchte an dieser Stelle die realen Demokratiedefizite, die mit unterschiedlichen Praktiken offener, auf Einschüchterung und Zerstörung abzielenden (staatlichen) Repressionsmaßnahmen, etwa Folterung, Ermordung, willkürliche Inhaftierung, und mit Praktiken der gesellschaftlichen Exklusion einhergehen, nicht erneut aufzählen. Das ist im vorigen Abschnitt geschehen. Man kann und muss über die westliche ‚Verzerrung‘ der Instrumente international vergleichender Beobachtung streiten und diese ihrerseits in die Kritik nehmen (Koelble/LiPuma 2005; Arndt/Oman 2006). Dennoch werden realiter vorhandene autoritäre Praktiken identifiziert. Es können ebenfalls der Neuigkeitswert der postdemokratischen Zeitdiagnose und ihre Begriffsbildung hinterfragt werden (Richter 2006; Schäfer 2008; Hennig 2010). Zugleich ist festzuhalten, dass in dieser Debatte manifeste Demokratiedefizite benannt werden. Zeitdiagnostisch ist mithin festzuhalten, dass es konkrete Phänomene gibt, die Enttäuschung und Unzufriedenheit hervorrufen und diese ausweisen. Scheitern ist kein kommunikatives Artefakt, sondern eine konkrete Lebenserfahrung von Bürgerinnen und Bürgern.

Zwischen der kommunikationstheoretischen Betrachtung des immanenten Enttäuschungspotenzials von Demokratien und der Zeitdiagnose ist eine dritte Erklärung angesiedelt. Hier handelt es sich um die demokratietheoretischen Positionen, deren Konflikte untereinander und deren immanente Widersprüche. Anders gesagt: Demokratie ist notwendig enttäuschend, weil ihre normative Konzeptualisierung umstritten ist und die jeweiligen Modelle in sich ungelöste Probleme ausweisen müssen.

Ich habe bislang vereinfachend von ‚der‘ Demokratie gesprochen. Das ist eine unzulängliche Simplifizierung. Die demokratietheoretische Debatte ist intern in Stränge differenziert, in verschiedene Demokratiemodelle (Macpherson 1973; Sartori 1987; Held 2006; Schmidt 2008), etwa in elitistische, pluralistische, sozialdemokratische, feministische oder deliberative. Enttäuschung erwächst nun etwa daraus, dass im Vergleich der unterschiedlichen normativen Ansprüche bestimmte spezifische Anforderungen erfüllt werden, andere hingegen nicht. Beispielsweise sind die Bewertungen in der zeitdiagnostischen Debatte zu Demokratieentleerung und Postdemokratie unverkennbar zu verorten, da sie sich an einem Modell sozialer Demokratie orientieren. Sie müssen damit von elitistischen DemokratietheoretikerInnen keinesfalls geteilt werden. Auch bleibt der Stellenwert ‚neuer‘ plebiszitärer und konsultativer Verfahren zwischen VertreterInnen von pluralistisch-repräsentativen und deliberativen Demokratievorstellungen notwendig umstritten, da unterschiedliche normative Zuschreibungen erfolgen. Anders formuliert: Die Ausprägung von Demokratie und die Durchsetzung bestimmter Standards ist politisch umkämpft. Partizipative Einstellungen variieren in sozialen Milieus. Die libertäre oder autoritäre Ausrichtung von Politik ist Teil des parteipolitischen Koordinatensystems. Enttäuschung erwächst nun daraus, dass

es in den demokratiepolitischen Konflikten und Auseinandersetzungen GewinnerInnen und VerliererInnen gibt. Darüber hinaus weisen die Demokratiemodelle in sich wiederum kaum zu lösende Dilemmata auf: Das elitistische Demokratiemodell kann letztlich keinen überzeugenden Schutz gegen *rent-seeking* Eliten mit erheblichen Informationsvorsprüngen anbieten. Das pluralistische Demokratiemodell zeigt sich anfällig dafür, dass autonome Organisationen sich durch opportunistisches Verhalten gegen parlamentarische Kontrolle und Entscheidung durchsetzen. Deliberative Demokratiemodelle können sich angesichts komplexer transnationaler Problemlagen nicht präzise bestimmen, wie bedeutsam ihre ‚Beratungsausschnitte‘ sind. Die demokratiethoretische Debatte, also der Streit um das, was eine Demokratie als politische Herrschaftsform eigentlich sein soll, ist insgesamt und erkennbar ein bebendes Feld des Streites und kein verlässlicher Grund der Einigung. In ihr zeigt sich, dass es keinen verlässlichen Konsens über ein Politikmodell gibt (Held 2006; Schmidt 2008). Auch in dieser Debatte offenbart sich somit: Dass diese Form der politischen Herrschaft in dem Sinne kontingent ist, als sie sich nicht auf einen letzten Grund berufen kann.³

Es geht also nicht, wie das Eingangszitat von Möllers nahelegt, um „übertriebene Erwartungen“ (2008, 9). Das Enttäuschungspotenzial von Demokratien ergibt sich aus konkret beobachtbaren Demokratiedefiziten, sozialen Exklusionen und autoritären Praktiken, aus der Kommunikation über die Erfolge von Demokratisierung und daraus, dass Demokratie ein notwendig umstrittenes und umkämpftes politisches Projekt ist, sodass Bürgerinnen und Bürger ihre normativen Ansprüche nie voll eingelöst sehen können, mit immanenten Dilemmata von Demokratiemodellen befasst sind und keine Letztbegründung konsensuell hergestellt wird.

4. Kosmopolitanismus und agonistischer Pluralismus

Beispielhaft lassen sich Unterschiede zwischen Modellen und die internen Dilemmata entlang zweier aktueller demokratiethoretischer Entwürfen entfalten, die jeweils den Herausforderungen etablierter Postdemokratien begegnen (vgl. Mouffe 2011): dem kosmopolitische Demokratiemodell und dem agonistischen Pluralismus. Der erstgenannte Entwurf (Held 1995/2006; Archibugi/Held 1995; Beck 2002) hat auf die Denationalisierung sozio-ökonomischer, ökologischer und politischer Prozesse reagiert. Die offenkundige Inkongruenz von Entscheidenden und Entscheidungsbetroffenen stellt die demokratische Organisation politischer Gebietskörperschaften vor neue Probleme. Ein „rethinking democracy for a more global age“ (Held 2006, 304) steht auf der Tagesordnung. Diese demokratiethoretische Anpassungsleistung befasst sich mit zwei zentralen Herausforderungen, nämlich ‚neuen‘ transnationalen Problemen, etwa beim globalen Klimawandel, bei der Finanz- und Handelsmarktregulierung, bei Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen in transnationalen Produktionsprozessen, bei Migration, Mobilität, Verkehr und Energie. Die Liste ließe sich fortsetzen. ‚Problemlösend‘ sind öffentlich-private Netzwerke, Regime und internationale Organisationen installiert worden. Deren Legitimität wiederum ist fragwürdig.⁴ Die transnationalen Sphären der Autorität sind von erkennbaren Legitimationsdefiziten geprägt. Das kosmopolitische Demokratiemodell thematisiert zugleich die Transnationalisierung von Problemlagen und den Bedarf an ‚nachholender‘ Demokratisierung im weltgesellschaftlichen Kontext. Angestrebt wird eine grundlegende Veränderung der bisherigen Architektur inter- und transnationaler Organisationen und Regime; es geht wesentlich um ein institutionelles Design, welches Transparenz, Deliberation und Zurechenbarkeit erlaubt (Held 2006, 305). In der zivilgesellschaftlichen Variante werden eine transnationale Globalisierung

‚von unten‘ und eine zu stärkende Rolle von Nichtregierungsorganisationen besonders betont (Falk 1995). Neben das institutionelle Design treten Anforderungen an das Individuum, nämlich die Fähigkeit, sich mit multiplen Identitäten den unterschiedlichen gebietskörperschaftlichen Ebenen (lokal, nationalstaatlich, regional, global) als BürgerIn aktiv und mit Partizipationsbereitschaft zuzuordnen. Die Konstruktion von „broad avenues of civic participation in and deliberation over decision-making at regional and global levels“ (Held 2006, 305) stellt an die Bürgerinnen und Bürger die Erwartung, dass diese kognitiv in der Lage und sozial motiviert sind, sich komplexen Beratungen zu stellen.

Wiederum ist das Enttäuschungspotenzial offenkundig: Die transnationale und ‚glokale‘ Struktur einer Multi-Level-Governance (Bache/Flinders 2004) bevorzugt aufgrund der verschiedenen Zugänge zu politischen Entscheidungsprozessen und deren Intransparenz organisatorische Akteure und soziale Milieus, die über eine hohe Ressourcenausstattung verfügen, seien es Mittel, um im Rahmen eines ‚Mehrkanallobbys‘ ihre Interessen auf unterschiedlichen politischen Ebenen zu vertreten, oder seien es kognitive Kompetenzen und soziale Zuordnungen zu transnationalen Milieus. Studien zur Durchsetzungskraft von Nichtregierungsorganisationen (Keck/Sikink 1998; O’Brien et al. 2000; Schwenken 2007) zeigen einzelne Erfolge, aber die strukturelle Benachteiligung ressourcenarmer Akteure aufgrund der Vielzahl von Ebenen bleibt (Sack/Burchardt 2008, 51). Ein zweite Enttäuschung ergibt sich daraus, dass globalen Beratungs- und Entscheidungsprozessen systematisch ein doppeltes Problem eigen ist: Erstens können umfassende und verwickelte Problemlagen lediglich mit Deliberationsausschnitten bearbeitet werden, durch die Komplexitätsreduktion erfolgt. Damit aber ergibt sich eine Tendenz, Beratungsgremien und -ebenen zu vervielfältigen, um sich den zuvor externalisierten Problemen zu widmen. Im Effekt steigert die einzelfallspezifische Deliberation durch diese Vervielfältigung die Anzahl und Unübersichtlichkeit von Beratungsprozessen und verringert damit paradoxerweise die politische Zurechenbarkeit (Greven 2003). Ein weiteres Spannungsfeld des kosmopolitischen Demokratiemodells zeigt sich im Konflikt zwischen auf das Individuum bezogenen kosmopolitischen Rechtsnormen und nationalstaatlich verfasster demokratischer Selbstbestimmung, die notwendig und unausweichlich beschränkt wird (Benhabib 2008).

Deutliche Kritik kommt aus der Perspektive des agonistischen Pluralismus, wie er – ausgehend von der Laclau/Mouffe’schen Hegemoniekonzeption (Laclau/Mouffe 2006 [1985]) – von Mouffe prominent vertreten wird (Mouffe 2005; 2007a; 2007b). Ihre Streitschrift *Über das Politische* in der deutschen Übersetzung zusätzlich mit dem Untertitel *Wider die kosmopolitische Illusion* zu versehen, ist eine verlegerische Werbestrategie. Dieser beschreibt jedoch eine wichtige Stoßrichtung von Mouffe recht gut. Kosmopolitische Ansätze „sind ausnahmslos Bestandteile einer antipolitischen Vision, die sich weigert, die für das ‚Politische‘ konstitutive antagonistische Dimension anzuerkennen“ (Mouffe 2007b, 8). Sowohl die eher zivilgesellschaftlich wie auch die eher institutionell ausgerichteten Versionen einer kosmopolitischen Demokratietheorie weisen das gemeinsame Problem auf, dass

sie alle die Möglichkeit konsensorientierter Governance als gegeben voraussetzen, die das Politische sowie Konflikt und Negativität hinter sich lassen würde.[...] Dieser Ansatz übersieht die Tatsache, dass jede Ordnung notwendigerweise eine hegemoniale Ordnung ist, da Machtverhältnisse für die Gesellschaft konstitutiv sind. (Mouffe 2007b, 139).

Die grundlegende Kritik richtet sich gegen Konzepte eines deliberativen Kosmopolitanismus und einer dialogischen, konsensorientierten Demokratie. Diese „postpolitischen“, weil Macht

und Gegnerschaft ignorierende Konzepte haben nach Mouffe zwei zentrale Effekte: Weil in etablierten Demokratien, die mit erheblichen Legitimationsdefiziten kämpfen, die Gegensätze zwischen Parteien und Lagern nicht ersichtlich und öffentlich wahrnehmbar sind, kommt es zum Erstarren von Rechtsparteien, wie etwa seinerzeit der Haider'schen FPÖ; derzeit der Wilderschen ‚Partei für die Freiheit‘ in den Niederlanden. Deren Aufstieg sei durch die „Defizite arrivierter Parteien“ (Mouffe 2007b, 87) und den „Konsens in der Mitte“ zu erklären, die klare Wirk-Zuordnungen und Gegensätze und damit das Politische untergraben hätten. Der zweite Effekt ist der, dass eine „Politik im Register der Moral“ durch die Einteilung von Akteuren und Gruppen in Gut und Böse perverse Effekte hat, da eine Moralisierung die Einhegung von Konflikten unmöglich macht:

Wenn Politik im Register der Moral ausgetragen wird, können Antagonismen keine agonistische Gestalt annehmen. Opponenten, die nicht in politischen, sondern in moralischen Begriffen definiert werden, können nicht als „Gegner“, sondern nur als „Feinde“ betrachtet werden. (Mouffe 2007b, 99)

Jenseits dieser Effekte ist zudem festzuhalten:

Der zentrale Unterschied zwischen der „dialogischen“ und „agonistischen“ Perspektive liegt darin, dass letztere sich eine tiefgreifende Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse und die Schaffung einer neuen Hegemonie zum Ziel setzt. (Mouffe 2007b, 70)

Diese Zielsetzung ist mit zwei Prämissen verbunden, nämlich dass das Politische durch Gegnerschaft und Antagonismus bestimmt wird und dass zur Errichtung einer neuen Hegemonie die diskursive Schaffung von Äquivalenzketten, d.h. von Verknüpfungen etwas Gleichzusetzendem und Identischem vonstatten geht (Mouffe 2007b, 70–71; Laclau/Mouffe 2006, 167–188; vgl. Nonhoff 2007). Folgende demokratietheoretische Probleme zeigen sich: Ausgehend von einer Pluralität von Räumen, in denen sich das Soziale artikuliert, formulieren Laclau/Mouffe eine wichtige demokratietheoretische Norm: „Jedes Projekt für eine radikale Demokratie sollte sich vornehmen, dieses Moment der Spannung, der Offenheit, das dem Gesellschaftlichen seinen grundlegend unvollständigen Charakter gibt, zu institutionalisieren.“ (2006, 236) Der diskursive Mechanismus, der im Mittelpunkt ihrer Erörterungen steht, ist jedoch nicht a priori auf bestimmte Parteien oder gesellschaftliche Gruppen bezogen oder normativ eingehegt. Die diskursive Logik von Differenz, Äquivalenz und Identitätspolitik ist von emanzipatorischen wie anti-demokratischen Kräften gleichermaßen nutzbar. Sie neigt zum Ausschluss bestimmter sozialer Gruppen; ohne dass eine Exklusions- und Marginalisierungsschwelle benannt ist. Demirović führt die Tendenz an, dass eine hegemoniale Äquivalenzbildung dazu neigen wird, andere politische Räume aufzulösen und unterzuordnen. „Jede hegemoniale Äquivalenzbildung tendiert also zum Totalitarismus.“ (2007, 77) Laclau und Mouffe gehen der Frage nach einer Koordination von Interessenauseinandersetzungen und Einhegung von Konflikt nicht nach (ebd.). Auch die Entwicklung des agonistischen Pluralismuskonzepts bleibt unpräzise. Nachdem der Begriff des Politischen und des Antagonischen mit Bezug auf Schmitt entfaltet wurde (Mouffe 2007b, 18–20; Mouffe 2005, 36–59), stellt Mouffe klar, dass es eine der „Hauptaufgaben demokratischer Politik“ sei, Konflikte in eine Form zu überführen, die politische Gemeinschaften nicht zerstören, in der Opponenten nicht Feinde, sondern Gegner sind, in der „konfligierende Parteien die Legitimität ihrer Opponenten anerkennen“ (Mouffe 2007b, 29–39; Mouffe 2005, 100–105). Es wird

weder ausgearbeitet, wie eine solche Konflikttransformation zu begründen, noch wie sie zu bewerkstelligen ist.

Aus demokratietheoretischer Perspektive schnurrt der Beitrag des agonistischen Pluralismus somit erheblich zusammen. Er besteht im Wesentlichen darin, Gegnerschaft und Konflikt als das dem Politischen Essenzielle zu behaupten und einen diskursiven Mechanismus zu deren Artikulation ausgearbeitet zu haben. Die Parteilichkeit für emanzipatorische soziale Bewegungen mag man unterschiedlich bewerten; sie ist aber nicht das der politischen Theorie zwingend Zugehörige. Zentrale Fragen, die sich bereits an den ‚alten‘ Pluralismus gestellt haben, bleiben unbeantwortet: Wie ist jener Konsens zu vermessen und zu begründen, aufgrund dessen Opponenten sich nicht zu vernichten suchen? Wie ist mit den erheblichen Macht- und Ressourcenasymmetrien umzugehen, welche zwischen politischen Akteure bestehen und die nicht politisch, sondern sozio-ökonomisch begründet sind? Ich kann hier keinen substanziellen Beitrag des agonistischen Pluralismuskonzeptes erkennen. Vielmehr sehe ich aber – gerade weil wichtige pluralismustheoretische Fragen nicht beantwortet werden – ein gesteigertes Enttäuschungspotenzial. Konflikten und Gegnerschaft ist eigen, dass sie GewinnerInnen und VerliererInnen produzieren. Es gibt damit die Erfahrungen von Niederlagen, die irreversibel sein können. Zugleich können sich Gescheiterte nicht ersichtlich auf normativ begründete politische Schutzrechte berufen.

5. Das Postulat der Ironie

Die beiden demokratietheoretischen Entwürfe des Kosmopolitanismus und agonistischen Pluralismus reagieren auf Zustandsbeschreibungen der Postdemokratie, sie liegen im Streit miteinander und sie weisen jeweils immanent konzeptuell ungelöste Probleme auf. Ihre Abbildung exemplifiziert jenen Umfang des Enttäuschungspotenzials von Demokratien, der durch normativen Streit und damit Bewusstsein von der Kontingenz der politischen Herrschaft bestimmt ist. Demokratie mag sich nun von anderen politischen Herrschaftsformen dadurch unterscheiden, dass der „abwesende Grund“ eingeschrieben wird und dass sie „das Scheitern der Gründung zur eigenen Grundlage macht“ (Marchart 2010, 331); dass sie also den Streit einräumt, ohne eine konsensuale Gewissheit erwarten zu dürfen. Aber damit werden an das politische Subjekt erhebliche Anforderungen gestellt, solche Ungewissheiten auszuhalten. Interessanterweise findet in beiden eben skizzierten demokratietheoretischen Strängen eine Auseinandersetzung mit einer bestimmten Haltung statt, mit der Bürgerinnen und Bürger auf Enttäuschung, gebrochene Versprechen und Kontingenz reagieren können bzw. sollen: der Ironie. Diese lässt sich als eine „Ethik der Selbstentfremdung“ (Marchart 2010, 333) fassen, mit der auf Kontingenzerfahrung reagiert wird. Ihr Stellenwert ist aber demokratietheoretisch genauer zu verorten.

So wurden in einer Debatte, die sich explizit mit der Frage beschäftigt hat, ob und inwieweit „die Derridaschen Dekonstruktionen [als zentrale Referenz des Laclau-Mouffe’schen Diskursmechanismus, D.S.] und der Rortysche Pragmatismus der Erarbeitung eines nichtessentiellen Denkens der Demokratie dienlich sind“ (Mouffe 1999, 12; s.a. Marchart 2010, 23–25), auch Rortys Vorstellungen zur Ironie massiv kritisiert: Die Beschränkung von Ironie auf das Private, ein einhergehender bloß negativer Begriff von Freiheit und die psychologische Unmöglichkeit, zugleich Ironiker und Liberaler zu sein, wurden angeführt (Critchley 1999, 60–66). Rorty seinerseits, als zentraler Autor der jüngeren Debatte zu Ironie, hat eben stets deren private Qualität pointiert: Als „Ironikerinnen“ werden Personen bezeichnet,

die nie ganz dazu in der Lage sind, sich selbst ernst zu nehmen, weil immer dessen gewahr, daß die Begriffe, in denen sie sich selbst beschreiben, Veränderungen unterliegen; immer im Bewusstsein der Kontingenz und Hinfälligkeit ihrer abschließenden Vokabulare, als auch ihres eigenen Selbst. (Rorty 1992 [1989], 128)

Sie haben ein Bewusstsein von sozialer Kontingenz und eine klar anti-essentialistische Position. Vokabulare sind poetische Leistungen, aber mit einer ständigen Suche nach Neubeschreibungen verbunden. Sie reagieren auf und entfremden von öffentlichem abschließendem Vokabular. Diese Neubeschreibungen können gegenüber anderen durchaus demütigenden Charakter haben, die Ironikerin meint, „die Erkenntnis, daß uns die Verletzbarkeit durch Demütigungen gemeinsam ist, sei das einzige soziale Band, das wir brauchen“ (Rorty 1992, 156). Ironie ist elitär und davon abhängig, dass liberale Gesellschaften ihr den Raum gewähren, um Neubeschreibungen zu artikulieren (Rorty 1992, 127–161). In der wünschenswerten Klarheit formuliert Rorty den demokratietheoretischen Gehalt seiner Überlegungen: „Ihre Arbeit [die von ironischen Philosophen, D.S.] eignet sich schlecht für öffentliche Zwecke und ist für Liberale in ihrer Eigenschaft als Liberale nicht zu brauchen.“ (Rorty 1992, 161)

Trotz dieser eindeutigen Privatisierung von Ironie ist eine demokratietheoretische Agenda gesetzt. „Cosmopolitan irony“ (Turner 2002, 58) beschreibt Turner, mit Bezug auf Rorty, als eine Tugend, die eine Distanzierungsmöglichkeit des Subjektes von seinen identitären Bezügen markiert und interkulturelle Offenheit erzeugt. Sie ist voraussetzungsvoll, da die emotionale Bindung an einen Ort und eine Gemeinschaft Ironie erst ermöglicht und ihr damit zugleich ihren relativistischen und unbestimmten (s. u.) Charakter nimmt. Gleichwohl ist Ironie in einer kosmopolitischen Gesellschaft eine wesentliche selbst-reflexive Kompetenz: „The ability to respect others requires a certain distance from one’s own culture, namely an ironic distance.“ (Turner 2002, 55) Diese Tugend soll zum kritischen Dialog mit anderen befähigen. Für die Differenz zum agonistischen Pluralismus entscheidend ist eine weitere Konkretisierung von Ironie: „Because cosmopolitanism engenders ironic self-reflection, it does not need a strong or hot version of otherness, because its own identity is not profoundly shaped in conflict with others.“ (Turner 2002, 57)

Die Rorty’sche Ironie-Agenda taucht überdies jenseits von Kosmopolitanismus und agonistischem Pluralismus in der Governance-Debatte auf, die sich mit den Steuerungsmöglichkeiten demokratisch verfasster Herrschaft in funktional differenzierten Gesellschaften befasst. Prominent ist Willkes „Ironie des Staates“, in der angesichts der Autonomie gesellschaftlicher Teilsysteme und deren Interdependenz die Idee eines hierarchisch steuernden Staates ad acta gelegt wird. Eine sich selbst aktiv begrenzende Politik im Supervisionsstaat operiert nicht über Eingriffe, sondern über eine dezentrale Kontextsteuerung, die zur Möglichkeitsbegrenzung in gesellschaftlichen Teilsystemen führt. Ironie wird in drei Stufen eingeführt: Es kommt angesichts funktionaler Differenzierung der Gesellschaft zu einer

ironischen Wendung in der Beschreibung der Möglichkeit und der Notwendigkeit des Staates. [...] Ironie kommt ins Spiel, weil die Politik wissen kann, daß ihre internen Möglichkeiten größer sind als ihre externen; weil sie wissen muß, dass die Möglichkeiten der steuernden Intervention in nicht-triviale gesellschaftliche Problembereiche so voraussetzungsvoll sind, daß sie kaum zu realisieren sind; und weil sie beobachtet, daß dennoch alle anderen gesellschaftlichen Akteure als Abnehmer von Politik das herkömmliche Bild regulativer Politik pflegen. (Willke 1992, 142)

Hier ist zunächst eine Stufe der Reflexivität von Politik markiert, die ihre Begrenzungen wahrnimmt und beobachtet. Im direkten Bezug auf Rorty (Willke 1992, 320–323) wird der Begriff der Ironie erweitert:

Die Einsicht, daß die selbst-referentiellen Semantiken komplexer Systeme nicht vereinbar sind, und dennoch unerschrocken für wechselseitige Abstimmung einzustehen, unterscheidet den ironischen vom tragischen Beobachter. (Willke 1992, 321)

Ironie beinhaltet nun den Aspekt des Engagements, um dann auf der dritten Stufe als „öffentliche Tugend“ benannt zu werden, „eine innere Leitidee, eine Form des Staates, die Engagement und Distanz gleichermaßen produziert und über eine reflexive Brechung ihrer Identität andere Optionen aufhebt“ (Willke 1992, 372). Die Fähigkeit zur Reflexion der Begrenztheit (demokratisch organisierter) Politik und zur engagierten Distanz wird also als gouvernementale Anforderung gesetzt.

Ähnlich verfährt Jessop, indem er nach einer Deklination unterschiedlicher Formen der politischen Koordination von Akteuren (Governance) und (supervisorischer) Meta-Governance und nach der wiederholten Feststellung, dass entsprechende Koordinationsmodi stets scheitern können, eine normative Anforderung formuliert: Die wiederholte Erfahrung des Koordinationsversagens verlangt eine „romantische öffentliche Ironie“, die sich dadurch auszeichnet, „that the relevant social forces must recognize the likelihood of failure but proceed as if success were possible“ (Jessop 2002b, 245). Das Attribut der Romantik erfasst eine Fähigkeit und Bereitschaft, sich im Angesicht des wahrscheinlichen Scheiterns zu engagieren. Die Ironie ist um die Vervielfältigung der Koordinations- und Interventionsmöglichkeiten ebenso bemüht wie um die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten. Politische IronikerInnen „should ideally place self-organisation at the heart of governance“ (Jessop 2002a, 55). Obwohl Jessop diese Überlegung explizit als philosophisch ausweist, ist der demokratietheoretische Gehalt offenkundig: Es soll eine Beteiligung der vielen stattfinden, die sich zugleich bei voller Kenntnis des unvermeidlichen Scheiterns engagieren.

Diese Diskussion hat Ironie einen bestimmten Gehalt zugeordnet, nämlich den Umgang mit Enttäuschung, Versagen und Scheitern: kurz die Reflexion der unvermeidlichen Differenz zwischen Erwartung an Demokratie und den wahrgenommenen Ergebnissen. Ironie wird benötigt, „um etwas über das Versagen sagen zu können und trotzdem handlungsfähig zu bleiben“ (Noetzel 2003, 12–13). Ihr wird, wie die Beiträge von Willke und Jessop verdeutlichen, zugleich Selbstbegrenzung und engagierte Aktivität zugeordnet. Sie erscheint als Chiffre immanenter Enttäuschung mit gleichzeitigem Partizipationsimperativ, der nicht mehr verlässlich zweckkonditional programmiert werden kann. Eine so bestimmte Ironie hebt die bekannte Hirschman'sche Unterscheidung zwischen Abwanderung und Widerspruch bei Enttäuschung (Hirschman 1988) in eigentümlicher Weise auf: Ironische Herrschaftskritik, die Autoritäten und Prozeduren durch karikierendes Lob hinsichtlich ihrer Verfehlungen und der doppelten Standards beobachtet und sich damit engagiert, distanziert sich zugleich angesichts der unvermeidlichen Fehlbarkeit der eigenen Aktivität. Ironische Abwanderung wiederum zieht aus dem immanenten Scheitern den Schluss, sich zurückzuziehen. In der Rorty'schen Variante wird die Selbstschöpfung als Exit-Option gegenüber Kontingenz, Komplexität und Fehleranfälligkeit politischer Herrschaft wahrgenommen; um dann aber als (romantische?) Subversion in den öffentlichen Raum zurückzukehren.

6. Ironie und Gerechtigkeit

Ironie erscheint somit als *eine* Form einer „demokratische Ethik der Selbstentfremdung“ (Marchart 2010, 342), eine gouvernementale Anforderung an Bürgerinnen und Bürger, sich in unterschiedlichen Bereichen, darunter eben auch jenem der traditionellen Politik, gleichzeitig zu engagieren und zu distanzieren (vgl. Marchart 2010, 342–350). Bei Ironie handelt es sich zunächst um eine Redefigur, mit der eine fehlende Authentizität angezeigt wird, da das Gesagte nicht mit dem Gemeinten übereinstimmt. Kritisch wird gegenüber dem ausgewiesenen Postulat jedoch einzuwenden sein, dass die facettenreiche Entwicklung von Ironie in der Literaturgeschichte (Knox 1961; Muecke 1970; Hutcheon 1995) und die Diskussion in der politischen Theorie (Bonacker 2003) zeigen, dass diese eigentümlich unterbestimmt ist. Die Verständlichkeit und Wirksamkeit von Ironie ist ausgesprochen kontextabhängig, situativ und voraussetzungsreich. Die Sprachfigur ist auch politisch nicht eindeutig zuzuordnen. Sowohl anti-demokratische wie emanzipatorische Rede kann sich ihrer bedienen. Sie kann ‚von oben‘ als elitäres Überlegenheitsgefühl und Demütigung daherkommen oder ‚von unten‘ als bequeme Machtlosigkeit (Reese-Schäfer 2003, 135). Ironie ist also nicht per se pluralistisch, emanzipatorisch oder aufklärerisch (Hutcheon 1995, 10; Smith 2007, 42). Sie kann sich als beleidigender Spott und höhnische Herabsetzung zeigen. Damit steht infrage, unter welchen institutionellen Voraussetzungen Ironie in einer nicht-regressiven Variante zum Ausdruck kommen kann.

An dieser Stelle möchte ich der Debatte um Ironie in der (Post-)Demokratie eine gerechtigkeits-theoretische Wende geben. Gerade weil Ironie als politische Haltung unterbestimmt ist, stellt sich die Frage nach ihrem Verhältnis zu Formen der kulturellen Anerkennung. Gerade weil eine Haltung der Selbstentfremdung die Abkehr von gegebenen und festen Kollektiven beinhaltet, stellt sich die Frage nach den jeweilig vorherrschenden Identitätspolitik. Gerade weil engagierte Distanz gegenüber Steuerungsversagen voraussetzt, dass das Subjekt seine Reproduktion garantiert weiß, stellt sich die Frage nach Umverteilung, um allen Bürgerinnen und Bürgern eine postmaterialistische Haltung zu ermöglichen. Damit schlage ich den Bogen zu der Gerechtigkeitskonzeption Frasers (Fraser 2003; 2008). Wenn der Kern von Demokratien „partizipatorische Parität“ (Fraser 2003, 54) ist, dann sind zwei Bedingungen institutionell einzulösen, nämlich erstens dass „die Verteilung materieller Ressourcen die Unabhängigkeit und das ‚Stimmrecht‘ der Partizipierenden“ garantiert und dass zweitens „institutionalisierte kulturelle Wertmuster allen Partizipierenden den gleichen Respekt erweisen und Chancengleichheit beim Erwerb gesellschaftlicher Achtung gewährleisten“ (Fraser 2003, 55). In Fortführung dieser Anforderungen ist festzuhalten, dass Ironie institutionell auf zweierlei Weise ermöglicht werden muss, nämlich erstens dadurch, dass den politischen Subjekten materiell, d.h. durch Umverteilung, aber auch durch Schutz vor (nicht nur) staatlicher Repression eine selbstentfremdete Haltung ermöglicht werden muss. Hier lassen sich die Rückbezüge zur postdemokratischen Debatte herstellen, die – keineswegs erstmals oder exklusiv! – den Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Partizipationsbereitschaft thematisiert hat, d.h. dass ungleiche materielle Ressourcenausstattung mit ungleicher politischer Partizipation einher geht (Böhnke 2011). Ironie wird aber auch durch jene institutionellen Regeln ermöglicht (oder eben nicht), die klassische politische Freiheitsrechte stützen, vor allem eben das der freien Meinungsäußerung. Darüber hinaus geht es um verlässliche Regeln der kulturellen Akzeptanz: Hier werden aber jene Probleme offenbar, die bereits die Anerkennungsdebatte durchzogen haben. Dem Postulat der Ironie im Sinne einer kosmopolitischen Tugend der Ausprägung multipler Identitäten wurde bereits die Einsicht beigefügt, dass sie sozial-kulturell verankert sein sollte (Turner 2002, 55). Damit werden individu-

elle Befähigung zu Ironie und kulturelle Identität gekoppelt. Im Rahmen der Anerkennung stellt sich das Problem, Ironie in dem Sinne zu ermöglichen, dass private und öffentliche Distanzierung und Selbstentfremdung nicht negativ sanktioniert werden. Zugleich ist aber zu garantieren, dass Ironie nicht in Herabsetzung umschlägt. Die Balance zwischen beiden Anforderungen und deren institutionellen Sedimentierungen ist ein offener Prozess. A priori lässt sich die Anforderung, nicht aber ein bestimmtes Gleichgewicht benennen.

Mit der gerechtigkeitstheoretischen Wendung in der Ironie-Debatte, die auf institutionelle Ermöglichung und Begrenzung abstellt, kommt jedoch ein weiteres Argument ins Spiel. Dieses kann gegen den Eindruck vorgebracht werden, dass das Postulat der Ironie zu einer Passivisierung von Bürgerinnen und Bürgern führt, da sie aufgefordert würden, Demokratiedefizite schlichtweg hinzunehmen und deren Folgekosten über Ironie privatistisch zu kompensieren. Wenn diese Art der begrenzten Distanzierung eingefordert wird, um der Demokratie immanente Enttäuschungen auszuhalten, dann ergibt sich daraus folgerichtig, dass Bürgerinnen und Bürger sich für jene institutionellen Voraussetzungen interessieren und engagieren müssen, die eine so ausgeprägte „demokratische Ethik der Selbstentfremdung“ (Marchart 2010, 342) lebbar machen. Das Postulat der Ironie, das als eine gouvernementale Anforderung in die demokratietheoretische Debatte eingespeist wurde, um dem immanenten Enttäuschungspotenzial von Demokratien zu begegnen, mündet bei einer gerechtigkeitstheoretischen Wende in eine Begründung für Umverteilung und Anerkennung. Die Befähigung zu Ironie als einer notwendigen, aber gegenüber engagierten demokratischen Praktiken komplementären Tugend in Demokratien führt letztlich einen zusätzlichen Grund dafür ein, Gerechtigkeit zu institutionalisieren.

7. Fazit

Ausgangspunkt meiner Argumentation war die Beobachtung, dass Demokratie mit gebrochenen Versprechen einhergeht, also ein dauerhaftes Enttäuschungspotenzial aufweist. Dabei erschien mir eine verbreitete Publikumsschelte nach dem Motto, dass übertriebene Erwartungen an politische Herrschaft eben zu Unzufriedenheit führen würden, zu allgemein. Ich habe dann einen Argumentationsweg eingeschlagen, der zunächst über postdemokratische Zustandsbeschreibungen geführt hat. Im ersten Zwischenresultat habe ich das Enttäuschungspotenzial von Demokratien dadurch skizziert, dass mit dem Erfolg von Demokratien kommunikationslogisch immer auch deren Scheitern transportiert wird und dass zeitdiagnostisch eine Reihe konkret erlebbarer Demokratiedefizite festzustellen ist. Dass Enttäuschung in Demokratien nicht stillzustellen ist, habe ich drittens daraus hergeleitet, dass demokratietheoretischer Streit und Dilemmata in Demokratiemodellen zeigen, dass diese Form der politischen Herrschaft erstens GewinnerInnen und VerliererInnen produziert und auf keiner konsensualen Letztbegründung fußen kann. Der demokratietheoretische Streit wurde anhand der Auseinandersetzung zwischen Kosmopolitanismus und agonistischem Pluralismus dargestellt, zwei Debattenstränge, die auf unterschiedliche Weise mit Befunden der postdemokratischen Zeitdiagnose befasst sind. In beiden Strängen wurde – ablehnend oder affirmativ – das Postulat der Ironie thematisiert. Dieses hat mich interessiert, da hier eine engagiert-distanzierte Haltung ausgewiesen wird, die auf das Enttäuschungspotenzial in Demokratien im Sinne einer begrenzten Distanzierung reagiert, die zugleich widerspricht und abwandert. Ironie hat in der letzten Dekade in unterschiedlichen Zusammenhängen eine Renaissance erfahren. Festzuhalten ist aber, dass Ironie sowohl in inhaltlicher Ausrichtung unbestimmt wie auch in ihren Voraussetzungen ungeklärt ist. Gerechtigkeitstheoretisch gewen-

det heißt das, dass diese Form der begrenzten Selbstentfremdung institutionell durch Regeln der Umverteilung und der Anerkennung sowohl ermöglicht werden muß als auch deren regressiven Ausprägungen begrenzt werden müssen. Aus dem Postulat der Ironie erwächst somit das Engagement für soziale Praktiken und institutionelle Regeln, die zu dieser Form des Umgangs mit Enttäuschung befähigen.

Argumentationsstrategisch habe ich dabei einen anderen Weg eingeschlagen als die politisch-philosophische Identifizierung und Herleitung der postfundamentalistischen Erkenntnis, dass „kein gesellschaftlicher Akteur heute in der Lage [ist], ein bestimmtes Zeichen der Gewissheit zum positiven Fundament des Sozialen, der Politik oder des Denkens zu erheben“ (Marchart 2010, 15). Demokratie ist dann die „institutionalisierte Akzeptanz“ der fehlenden Letztbegründung (ebd., 331). Auch hier werden Anforderungen an das Aushalten dieser Akzeptanz gestellt und durch den Entwurf einer „demokratischen Ethik der Selbstentfremdung“ (ebd., 342) beantwortet. Ironie wäre eine ihrer Ausprägung. Jedoch habe ich diese anders eingebettet. Nicht überzeugt bin ich davon, dass zwischen einer demokratischen Ethik und dem demokratischen Diskurs die Haltung der Solidarität vermittelt (ebd., 357). Stattdessen sehe ich die Institutionalisierung von Umverteilung und Anerkennung als zentral an, wenn eine Selbstentfremdung ermöglicht werden soll. Damit schließe ich die Debatte in einer bestimmten Weise: Weil die politische Form der Demokratie kontingent und enttäuschungsreich ist, wird ein entscheidender Grund bereitgestellt, begrenzte Selbstentfremdung, hier: Ironie, institutionell zu ermöglichen. Auf welche Art die entsprechenden Regeln auch für andere Formen der Selbstentfremdung ausgestaltet wurden und werden, ist Thema der weiteren Debatte.

ANMERKUNGEN

- 1 Ich möchte mich für hilfreiche Anregungen und kritische Kommentare bei Oliver Flügel-Martinsen, Eike Hennig, Andreas Vasilache und den beiden GutachterInnen der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft bedanken.
- 2 Zu den effektiven, d.h. formale Institutionen und partizipationsorientierte politische Kultur verbindende Demokratien gehören im internationale Vergleich demnach beispielsweise die skandinavischen Staaten, Australien, die USA, Japan und die kontinentaleuropäischen Staaten (Welzel/Inglehart 2009, 135).
- 3 Damit wird an eine postfundamentalistische Perspektive auf politische Herrschaft und deren Kontingenz angeschlossen, diese aber nicht aus der französischen, von der Auseinandersetzung mit Heidegger geprägten Debatte über die Differenz von Politik und dem Politischen heraus entwickelt, sondern aus der ‚traditionellen‘ Demokratietheorie (vgl. Marchart 2010; s.a. Hirsch/Voigt 2009).
- 4 Es geht dabei um die angemessene Beteiligung der Stakeholder, faire und transparente Verfahren und Deliberationsmöglichkeiten und akzeptierte Ergebnisse (vgl. Take 2009).
- 5 Die Beschreibung politischer Systeme mit dem Begriff der Ironie ist nicht neu, sondern hat Ende der 1980er-Jahre die hier beschriebene Renaissance und Ausprägung erfahren. So haben etwa Dye und Zeigler den offenkundigen Widerspruch zwischen den pluralistischen Normen und Einstellungen der US-amerikanischen Verfassung und Bevölkerung und der elitendominierten politischen Wirklichkeit mit *The Irony of Democracy* (1972) betitelt.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alfredsson, Gudmundur/Jonas Grimheden/Bertram G. Ramcharan/Alfred de Zayas (Hg.) (2001). International Human Rights Monitoring Mechanisms, Den Haag.
- Archibugi, Daniele/David Held (Hg.) (1995). Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order, Cambridge.
- Arndt, Christiane/Charles Oman (2006). Uses and Abuses of Governance Indicators, Paris.

- Arzheimer, Kai (2002). Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes, Wiesbaden.
- Bache, Ian/Matthew Flinders (Hg.) (2004). Multi-level-Governance, Oxford/New York.
- Beck, Ulrich (2002). Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue Weltpolitische Ökonomie, Frankfurt am Main.
- Benhabib, Seyla (2008). Kosmopolitismus und Demokratie. Eine Debatte, Frankfurt am Main.
- Berg-Schlusser, Dirk (2007). Concepts, Measurements and Sub-Types in Democratization Research, in: Dirk Berg-Schlusser (Hg.): Democratization. The State of the Art, Opladen, 31–43.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2009). Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh.
- Böhnke, Petra (2011). Ungleiche Verteilung politischer Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte; 2011 (1–2), 18–25.
- Bonacker, Thorsten/André Brodocz/Thomas Noetzel (Hg.) (2003). Die Ironie der Politik. Über die Konstruktion politischer Wirklichkeiten, Frankfurt am Main/New York.
- Buchstein, Hubertus/Frank Nullmeier (2006). Einleitung. Die Postdemokratie-Debatte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Vol. 19(4), 16–22.
- Critchley, Simon (1999). Dekonstruktion und Pragmatismus. Ist Derrida ein privater Ironiker oder ein öffentlicher Liberaler?, in: Chantal Mouffe (Hg.): Dekonstruktion und Pragmatismus – Demokratie, Wahrheit und Vernunft, Wien, 49–96.
- Crouch, Colin (2004). Post-democracy, Cambridge.
- Dahl, Robert A. (1971). Polyarchie. Participation and Opposition, New Haven/London.
- Demirović, Alex (2007). Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft, in: Martin Nonhoff (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld, 55–86.
- Dye, Thomas R./L. Harmon Zeigler (1972). The Irony of Democracy. An Uncommon Introduction to American Politics. 2te Auflage, Belmont
- Falk, Richard (1995). The World Order between Inter-State Law and the Law of Humanity. The Role of Civil Society Institutions, in: Daniele Archibugi/David Held (Hg.): Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order, Cambridge, 163–179.
- Fraser, Nancy (2003). Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung, in: Nancy Fraser/Axel Honneth (Hg.): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt am Main, 13–128.
- Fraser, Nancy (2008). Adding Insult to Injury. Nancy Fraser Debates Her Critics, herausgegeben von Kevin Olson, London/New York.
- Greven, Michael Th. (2003). Sind Demokratien reformierbar? Bedarf, Bedingungen und normative Orientierungen für eine Demokratiereform, in: Claus Offe (Hg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt am Main, 72–91.
- Heitmeyer, Wilhelm (2001). Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main, 497–534.
- Held, David (1995). Democracy and Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance, Cambridge.
- Held, David (2006). Models of Democracy, 3. Auflage, Cambridge.
- Hennig, Eike (1997). Demokratiezufriedenheit und Systemgefährdung, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Band 1, Frankfurt am Main, 156–195.
- Hennig, Eike (2010). Totgesagte leben lange. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorien, in: Vorgänge, Vol. 49(2), 26–34.
- Hirsch, Michael/Rüdiger Voigt (Hg.) (2009). Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken, Stuttgart.
- Hirschmann, Albert O. (1988). Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt am Main.
- Hutcheon, Linda (1995). Irony's Edge. The Theory and Politics of Irony, London/New York.
- Jessop, Bob (2002a). Governance and Metagovernance. On Reflexivity, Requisite Variety, and Requisite Irony, in: Hubert Heinelt/Panagiotis Getimis/Grigoris Kafkalas/Randall Smith/Erik Swyngedouw (Hg.): Participatory Governance in Multi-Level Context. Concepts and Experience, Opladen, 33–56.
- Jessop, Bob (2002b). The Future of the Capitalist State, Cambridge/Oxford.
- Jörke, Dirk (2011). Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2011 (1–2), 13–18.

- Keck, Margaret E./Kathryn Sikkink (1998). *Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*, London.
- Knox, Norman (1961). *The Word Irony and its Context. 1500–1755*, Durham.
- Koelble, Thomas A./Edward LiPuma (2005). *The Measure of Democracy. Notes from the Periphery*, Paper presented at the 2005 Annual Meeting of the American Political Science Association, Washington, D.C.
- Laclau, Ernesto/Chantal Mouffe (2006). *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien.
- Loch, Dietmar/Wilhelm Heitmeyer (Hg.) (2001). *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt am Main.
- Macpherson, C. B. (1973). *Democratic Theory: Essays in Retrieval*, Oxford.
- Marchart, Oliver (2010). *Die politische Differenz*, Frankfurt am Main.
- Merkel, Wolfgang (2010). *Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage*, Wiesbaden.
- Möllers, Christoph (2008). *Demokratie. Zumutungen und Versprechen*, Bonn.
- Mouffe, Chantal (1999). *Dekonstruktion, Pragmatismus und die Politik der Demokratie*, in: Chantal Mouffe (Hg.): *Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft*, Wien, 11–36.
- Mouffe, Chantal (2005). *The Democratic Paradox*, London/New York.
- Mouffe, Chantal (2007a). *Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft*, in: Martin Nonhoff (Hg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 41–54.
- Mouffe, Chantal (2007b). *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt am Main.
- Mouffe, Chantal (2011). „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2011 (1–2), 3–5.
- Muecke, D.C. (1970). *Irony*, London.
- Noetzel, Thomas (2003). *Ironie zwischen Tugenddiskurs, politischer Kategorie und sozialem Konstruktivismus*, in: Thorsten Bonacker/André Brodocz/Thomas Noetzel (Hg.): *Die Ironie der Politik. Über die Konstruktion politischer Wirklichkeiten*, Frankfurt am Main/New York, 9–18.
- Nolte, Paul (2011). *Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2011 (1–2), 5–12.
- Nonhoff, Martin (Hg.) (2007). *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld.
- O'Brien, Robert/Anne Marie Goetz/Jan Aart Scholte/Marc Williams (Hg.) (2000). *Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*, Cambridge.
- Reese-Schäfer, Walter (2003). *Die Tücke der Ironie und die Ehrlichkeit des Zynismus. Zur Dekonstruktion eines Vorurteils*, in: Thorsten Bonacker/André Brodocz/Thomas Noetzel (Hg.): *Die Ironie der Politik – Über die Konstruktion politischer Wirklichkeiten*, Frankfurt am Main/New York, 122–139.
- Richter, Emanuel (2006). *Das Analysemuster der „Postdemokratie“. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Vol. 19(4), 23–37.
- Rorty, Richard (1989). *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Frankfurt am Main.
- Sack, Detlef/Hans-Jürgen Burchardt (2008). *Multi-Level-Governance und demokratische Partizipation*, in: Achim Brunnenraber/Hans-Jürgen Burchardt/Christoph Görg (Hg.): *Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung?*, Baden-Baden, 41–60.
- Sartori, Giovanni (1987). *The Theory of Democracy Revisited: Part One. The Contemporary Debate*, Chatham/New Jersey.
- Schäfer, Armin (2008). *Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie*, MPIfG Discussion Paper 08/10, Köln.
- Schmidt, Manfred G. (2008). *Demokratiethorien. Eine Einführung*, Wiesbaden.
- Schwenken, Helen (2007). *Schwierige Allianzen. Lobbypolitik aus der Perspektive „schwacher“ AkteurInnen*, in: *Peripherie*, Vol. 27(105/106), 35–56.
- Smith, William (2007). *Cosmopolitan Citizenship. Virtue, Irony and Worldliness*, in: *European Journal of Social Theory*, Vol. 10(1), 37–52.
- Take, Ingo (2009). *Legitimes Regieren jenseits des Nationalstaats. Unterschiedliche Formen von Global Governance im Vergleich*, Baden-Baden.
- Turner, Bryan S. (2002). *Cosmopolitan Virtue, Globalization and Patriotism*, in: *Theory Culture Society*, Vol. 19(1–2), 45–63.
- Welzel, Christian/Ronald F. Inglehart (2009). *Political Culture, Mass Beliefs, and Value Change*, in: Christian W. Haerpfer/Patrick Bernhagen/Ronald F. Inglehart/Christian Welzel (Hg.): *Democratization*, Oxford, 127–144.
- Willke, Helmut (1992). *Ironie des Staates*, Frankfurt am Main.

AUTOR

Detlef SACK ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bielefeld. Forschungsschwerpunkte: Public Policy und Governance-Forschung in vergleichender Perspektive; funktionale Selbstverwaltung und demokratische Legitimation; Privatisierung, öffentlich-private Partnerschaften und öffentliche Vergabe; Demokratieentwicklung und Demokratietheorie.

Korrespondenzadresse: Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Postfach 10 01 31, D-33501 Bielefeld

E-Mail: detlef.sack@uni-bielefeld.de



Nikolaus Dimmel, Josef Schmees (Hg.)

Die Gewalt des neoliberalen Staates

Vom fordistischen Wohlfahrtsstaat zum repressiven Überwachungsstaat

facultas.wuv 2008, 567 Seiten, broschiert

ISBN 978-3-7089-0228-9

EUR 39,- [A] / EUR 37,90 [D] / sFr 64,-

Thema des Bandes ist der Strukturwandel des Staates unter dem Vorzeichen seiner neoliberalen Umgestaltung. Der Band gliedert sich in einen theoretischen und einen empirisch ausgerichteten Teil. Die verschiedenen Phänomene der Ausdifferenzierung von Staatsfunktionen seit den 1990er Jahren in Österreich sind hier erstmals Gegenstand kritischer Analysen. Gezeigt werden unter anderem der Wandel im Rahmen der Privatisierung des bislang öffentlichen Gewaltmonopols, die zunehmende Selektivität staatlichen Handelns bzw. gruppenbezogene Repressivität bei gleichzeitiger Rücknahme sozialstaatlicher Sicherungsversprechen.